

Kammerer Zeitung

Amstliche Angelegenheiten für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einzelnen Anzeigen 2.- Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Anzeigenbedingungen. Der Kamenener Zeitung G. m. b. H. für die Redaktion verantwortlich
H. Schubert, Kamen.

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfallversicherung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Beitrag 100 Mk. durch die Post bezogen monatlich 120 Mk. Falls wie in der Ausgabe oder Forderung der Zeitung gebunden sind, hat der Versicherer seinen Anspruch auf Versicherung oder Nachversicherung des Platzes oder auf Rückzahlung des Beitrags.

Nr. 221

Mittwoch, den 20. September 1922

50. Jahrgang.

Havensteins Vereinbarungen mit der Bank von England.

(TU) Ueber den Abschluß der Verhandlungen zwischen der Bank von England und der Reichsbank werden heute in englischen Bankkreisen folgende Einzelheiten bekannt: Das Reich hat sich gegenüber der Reichsbank verpflichtet, dieser während 18 Monaten vom 14. August 1922 bis zum 15. Februar 1924 monatlich 15 Mill. Goldmark zur Abdeckung der Reparations Schuld zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen haben mit der Bank von England wurden notwendig, weil Belgien während der Berliner Verhandlungen verlangt hat, daß die auf diese Weise zusammengebrachten 270 Millionen Goldmark nicht 18, sondern nur 6 Monate gehalten werden sollen, wie dies die Reparationskommission festgelegt hat. Die deutsche Regierung hat nunmehr auf Grund des in den Verhandlungen aufgestellten Finanzplanes der belgischen Regierung vorgeschlagen, die 270 Mill. Goldmark in 5 je 6 Monate laufenden Schatzscheinen von zweimal 50 und dreimal 60 Mill. Goldmark zu bezahlen, deren erste Rate am 15. Januar 1923 und deren letzte am 15. Juni 1923 wieder voll eingelöst sein werde. Die Einlösung ist folgendermaßen bedingt: Die ersten beiden Raten vom 15. Januar und 15. Februar 1923 kann die Reichsbank auf Grund der von der Bank von England garantierten oder gesicherten 100 Millionen Goldmark zahlen, für die neben der Unterzeichnung der Reichsbank das englische Depot der Reichsbank von 50 Mill. Goldmark als Sicherheit dient. Die weitere Rate von 50, 60 und 60 Millionen Goldmark kann die Reichsbank auf Grund der bis dahin durch Zahlungen des Reiches angesammelten 11 Monatsraten von je 15 Millionen Goldmark aus einem kleinen Rest von 5 Millionen einlösen. Alle weiteren vom Reich an die Reichsbank erfolgten Goldzahlungen der nächsten 8 Monate dienen dann der Reichsbank dazu, der Bank von England die geschuldeten 100 Mill. Goldmark wieder zurückzugeben. Neben diesem neuen Zahlungsplan steht als wichtige Aktion der Reichsbank bei der Bank von England die Forderung, daß diese tatsächlich die beiden ersten Raten vom 15. August und 15. Sept. 1922 an Belgien zu zahlenden Schatzscheine bis zum 15. Sept. 1922 schon in der West des haren Geldes gelangt und die deutschen Schatzscheine auf der Bank von England ruhen. Am 15. Januar und 15. Februar werden dann diese auf sich abgelassenen Schatzscheine in Höhe von je 50 Millionen Goldmark von der Bank von England geteilt. Da sowohl die Bank von England wie die Reichsbank keine Einzelheiten des Abkommens veröffentlichten, war an Berliner zuständigen Stelle eine Mitteilung über die vorstehende Meldung überhaupt nicht zu erwarten.

Amstliche Erklärung an Belgien.

(TU) Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel Dr. Landsberg hat gestern Abend die Unterzeichnung erhalten, der belgischen Regierung Mitteilung davon zu machen, daß Deutschland der belgischen Regierung die gewünschten Wechsel mit der Unterzeichnung der Reichsbank zur Verfügung stellen wird. Eine Antwort auf diese Mitteilung liegt zur Zeit noch nicht vor. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat der deutsche Geschäftsträger Dienstag Vormittag 10 Uhr dem belgischen Außenminister Dr. Jaspar mitgeteilt, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die 6 Monatswechsel im Gesamtbetrag von 270 Mill. Mark fällig vom 15. Februar bis 15. Juni 1923 unter Verzicht auf die zunächst verlangten Verlängerungen auf 12 und 18 Monate zu unterzeichnen.

Ein Ultimatum Kemal Paschas.

(TU) Der Konstantinopeler Korrespondent des Daily Telegraph verbreitet die aufsehenerregende Meldung, daß Mustafa Kemal Pascha den Verbündeten ein Ultimatum zugestellt habe, Konstantinopel binnen 6 Tagen zu räumen. Der Korrespondent bezeichnet die Lage als äußerst kritisch. Die kemalistische Armee marschiert gegen die Dardanellen und den Bosporus. Die kemalistischen Kräfte könnten 30 000 Mann ins Gefecht schicken. Nach einer anderen Meldung des Daily Telegraph sollen die Türken eine Erklärung eines Angorabereiters ihre Friedensbedingungen seit 1918 nicht geändert haben. Sie bestehen auf völliger Unabhängigkeit innerhalb der Landesgrenzen. Von den Meerengen wird nichts erwähnt.

Einberufung griechischer Jahrgänge.

(TU) Savas meldet einem Athener Telegramm zufolge, das aus halbamtlicher griechischer Quelle kommt, das griechische Kabinett habe beschlossen, die Klassen 1903/04 einzuberufen, um die Polizei zu verstärken, bis die jungen Klassen aus ihrem Urlaub zurückkommen. Nach einer Blättermeldung des Petit Parisien aus Weigrad meinten die griechischen Truppen in Thrazien und benachbarten sich der Eisenbahnlinie um in die Heimat zurückzuführen.

England und die Lage auf dem Orient.

(TU) In Londoner militärischen Kreisen legt man seit drei Tagen eine außerordentliche Tätigkeit an den Tag. Dem „Matin“ zufolge ist es für niemanden ein Geheimnis, daß England sich darauf vorbereite, die Truppen, die unter dem Befehl des Generals Harrington in Konstantinopel stehen, zu verstärken. Es ist möglich, daß die neuen Verstärkungen aus den Dispositionskräften von Belgien genommen werden, die unter dem Befehl des Generals Allenby stehen. Diese bestehen zur Zeit aus vier Kavallerieregimentern und sieben Infanteriebataillonen, sowie einer starken Artillerieabteilung. Dazu wird aus Malta gemeldet: Das erste Bataillon der Hochlandergarde und eine Abteilung Luftkräfte sind nach Konstantinopel abgegangen. Aus Gibraltar wird gemeldet: Das erste Bataillon des Northamptonshire-Regiments hält sich, wie verlautet, zum Einschiffen nach Konstantinopel bereit.

Die rumänische Regierung hat noch keine Erklärung bezüglich der Dardanellenfrage abgegeben, doch weiß man, daß sie der englischen Politik zustimmt, weil die einzige Verbindung Rumäniens mit den Alliierten die Dardanellen sind, deren Freigabe bisher ein vitales Interesse Rumäniens sei.

Ein Befehl der französischen Regierung

an General Peller, innerhalb 24 Stunden mit der Ueberführung der französischen Truppen auf die europäische Seite der Dardanellen zu beginnen, erregt allgemeines Aufsehen. „Daily Express“ bezeichnet diese Meldung als eine Bombe aus Paris. Es sei jetzt wahrscheinlich, daß die englischen Truppen allein die neutrale Zone verteidigen müßten. Das britische Reich sei bereit, zur Verteidigung der Freiheit der Meerengen allein zu handeln, falls sich ein kemalistischer Angriff entwickeln sollte. Die englische Regierung sehe diese Möglichkeit für so ernst an, daß sie alle möglichen Schritte tun werde, um die Freiheit der Meerengen nicht bedrohen zu lassen.

Moskaus militärische Orientmaßnahmen.

Die Times melden aus Moskau: Angeht die letzten türkischen Operationen hätten die Bolschewisten eine außerordentliche Konferenz des revolutionären Militärrates einberufen, auf der Trotski den Vorschlag machte, die Verhandlungen seien gescheitert. Es werde jedoch versichert, daß die Konferenz beschlossen habe, unverzüglich alle Streitkräfte der russischen Republik und der russischen im Kaukasus befindlichen Streitkräfte der Sowjetflotte im Schwarzen Meer zur Aktion vorzubereiten. Ein Korps der Sowjetstreitkräfte sei bereits an der asiatischen Türkei aufgestellt und bereit, um Mustafa Kemal beim Vormarsch auf Konstantinopel zu Hilfe zu kommen. Anderen Meldungen zufolge verpflichtete der Vertrag zwischen Moskau und Angora die Sowjetregierung, mit der türkischen Nationalisten bei der Ueberwindung der Dardanellen mitzuwirken, wofür Russland als Kompensation völlige Handelsfreiheit im Schwarzen Meer erhalte. Zu Erwiderung auf Balfours Note vom 3. Juli bezüglich der Dardanellen und der Tätigkeit der russischen Flotte im Schwarzen Meer erklärte der Volkskommissar Karachan, daß der Moskaner Sowjet das türkische Abkommen mit der Sowjetregierung über die Dardanellen und den Bosporus, das im Moskau im Jahre 1922 unterzeichnet wurde, anerkannte und versicherte, daß alle zukünftigen Verträge unter den Nachbarn, betreffend die Meerengen weiter entfernter Mächte kein Recht zur Einmischung gebe.

Die Orientnote der Sowjetregierung.

(TU) Die Note, die der russische Volkskommissar Karachan an den englischen Außenminister Lord Curzon gerichtet hatte, enthält u. a. die Erklärung, daß die Sowjetregierung sich an das Abkommen mit der Angoraregierung gebunden halte, das 1921 in Moskau abgeschlossen worden ist. Dieses Abkommen sieht die freie Durchfahrt durch die Dardanellen vor und reserviert das Recht, ein endgültiges Meerengengesetz zu erlassen. Außerdem, die Türkei, die Ukraine und Georgien, die fast das ganze Ufer des Schwarzen Meeres besetzen, können niemanden das Recht zuerkennen, sich in die Lösung der Meerengenfrage einzumischen. Sie würden die

sen Standpunkt selbst gegenüber einer von militärischer u. maritimer Ueberlegenheit unterstützten Opposition aufrecht erhalten. Russland lehnt auch im Voraus die Anerkennung irgend eines Beschlusses der Konferenz von Venedig ab. Die Türkei verteidigt ihre Unabhängigkeit gegen die vernichtenden Bestimmungen des Vertrages von Sevres und rechnet dabei auf die volle Sympathie Russlands.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(TU) In der gestrigen Sitzung wurde die Aussprache über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Nach kurzer Debatte ergriff Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt das Wort. Unter dem Beifall der Mehrheit führte er aus: Als Sozialdemokraten können wir die Rettung nur sehen in der Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die sozialistische Gemeinschaft. Darum ist die Forderung der Sozialisten kein Schlagwort. Die Durchsetzung dieser Forderung scheiterte nur an den politischen Machtverhältnissen. Die Erfassung der Sachwerte ist eine Teilforderung der Sozialisierung und ebenfalls kein Schlagwort. Die Verteilung des Reiches an diesen Sachwerten ist für das Reich umso notwendiger, als ein Mißverhältnis besteht zwischen den Opfern, die die Verbraucher wegen der Kriegskosten zu bringen haben, und den Opfern der Erzeuger in Industrie und Landwirtschaft. Der preussische Minister Severing beschäftigte sich dann mit der preussischen Verwaltungsreform. In der Frage der Demobilisierung der Verwaltung solle man mehr im Rahmen des Möglichen bleiben. (Beifälliger Beifall.) Hellmann-Hamburg begrüßte dann eine Entschließung, daß die wachsende Beteiligung der Arbeiter an der Neugestaltung unseres Schulwesens und die Mitwirkung der Arbeiter an der Umgestaltung der Lehrer eine unerläßliche Bedingung für die Erhaltung der Republik wäre. Abg. Bernstein warnt davor, aus Situnes einen Vorwand zu machen. Situnes sei kein Uebelwesen. Er spiele auch in der Volkspartei nicht die ausschlaggebende Rolle, die man ihm zuschreibe. Hierauf wurde die Debatte geschlossen und über 7½ Urträge abgestimmt. Ein Antrag Boede auf Einsetzung eines Ausschusses zur Neugliederung des Reiches wurde angenommen. Desgleichen ein Antrag zur energiegelben Bekämpfung des Wuchers. Nach einem angenommenen Antrag Wegscheider wird die Reichstagsfraktion verpflichtet, dem Reichshofgesetz nach Artikel 146 der Reichsverfassung nur im Sinne einer echten Durchführung der Reichsverfassung nach Entschlung und Wortlaut des Artikels zuzustimmen. Reichstags- und Landtagsfraktion werden weiter verpflichtet, mit allen Mitteln für die Durchführung der in der Reichsverfassung gebildeten Neuordnung der Reichsbildung zu wirken.

Zur Frage des 14. und 15. Tages verlangen mehrere Urträge den Ausschluß der Mitglieder, die gegen den 8-Stundentag sprechen oder schreiben. Es wurde ein Antrag Bielefeld angenommen, der sich darauf beschränkt, das Verhalten solcher Genossen zu bedauern, Angenommen wurde weiter ein Antrag Stein zum Fall B. n. s. w., wonach die Mitarbeit an realistischen Gestaltungen mit der Parteimitgliedschaft nicht vereinbar sein soll. Die Urträge auf Ausschluß von Kriegervereinsmitgliedern wurden abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Parteivorstandes, der fordert, jedes parlamentarische Mittel zu benutzen, um die Schupo zu einem zuverlässigen Instrument der verfassungsmäßigen republikanischen Regierung zu machen. Dazu gehören rückständige Entlohnung der Beamten, die sich in monarchistisch-reaktionärem Sinne betätigen und ihre Erziehung durch Männer, die überzeugt auf dem Boden der republikanisch-demokratischen Verfassung stehen.

Abg. Vogel-Münster gab einen Bericht der Reichstagsfraktion. Er führte u. a. aus: Von einem absichtlich herbeigeführten Verfall unserer Währung kann keine Rede sein. Die Ursache des Zusammenbrechens unserer Währung liegt in der immer wieder verzögerten, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht berücksichtigenden Regelung der Reparationsfrage. Deutschland hat nun eine Summe an Kriegskosten aufgebracht, daß es das mit Steuern meist belastete Land der Welt geworden ist. Falls die Behauptung der Gegner, daß die deutsche Exportwirtschaft im Gegensatz zum Reich sich ungeheuer bereichert habe. Dieser Zertum würde erschreckend zutage treten, wenn man den Papierwert der Mark in Gold umrechnen würde. Wir leiden jetzt ganz besonders unter dem Kapitalmangel. Gelsen kann uns nur eine ausländische oder innere Goldanleihe. Ohne Moratorium bleibt uns nur die Mobilisierung der inneren Sachwerte übrig. Die Monopolisierung des Devisenhandels ist unmöglich. Aber durch eine strenge Kontrolle muß die Devisenpekulation unterbunden werden. Die Ein-

schränkung der Luxusimporte und die Rationalisierung der Nahrungsmittel und Kleidung wie im Kriege ist unerläßlich. Zurück zur Zwangsverwaltung! Vorwärts zur Gemeinwirtschaft! Der Redner sprach dann über die Attentate gegen Erzberger und Rathenau und betonte die Notwendigkeit der republikanischen Schutzgesetze. Im Konflikt mit Bayern hat man die Selbstdisziplin des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers bewundert. Vertriebenen können uns diese Verhandlungen und ihr Ergebnis nicht. Die herrschenden Parteien Bayerns lassen befürchten, daß dieser Konflikt nicht der letzte war. Bayern droht schon mit Gewalt gegen das Reich. Wir dürfen diese Bestrebungen zur Errichtung einer Unterherrschaft der Mittelsbader und französischen Protektorate stehenden Donauabderation nicht unterschätzen. Was solle aus der Einheit des Reiches werden, wenn Thüringen, Sachsen und die anderen Länder gleichfalls einen Senat beim Staatsgerichtshof verlangen würden. Die Arbeiter müssen sich als Hauptträger der Republik fühlen. Ich begrüße die Einigung der sozialdemokratischen Partei und erwarte von ihr neue Kräfte im Kampf für eine bessere Zukunft. In der Aussprache ersuchte sodann Reichstagsabg. Vender die Beamtenwünsche enthaltenden Urträge der Reichstagsfraktion zu überweisen. Die Fraktion wird energig für eine soziale und gerechtere Befoldungspolitik eintreten. Abg. Hartleb fordert die Arbeiterbevölkerung auf, ihre Rechte aus dem Betriebsrätegesetz besser auszunutzen. Vordenagen verlangte gerechtere Verteilung der für die Kriegswaffen bestimmten Mittel. Nach Bekanntgabe eines Begrüßungslegamentes der bayrischen Sozialdemokraten wurde um 6 Uhr die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Einstellung der Kreditgewährung an die Gemeinden.

Die deutschen Girozentralen, die noch allein in Gemeinschaft mit den Sparkassen den kommunalen Kredit gewährten, sehen sich veranlaßt, offiziell anzukündigen, daß sie ihre Hilfestellungen jetzt einstellen müssen. In einem Beschluß, der den Stadtverwaltungen zugeht, heißt es u. a.: Da die Kreditansprüche der Kommunalverbände dauernd im Steigen begriffen sind und die den Girozentralen zufließenden Mittel hinter dem Bedarf zurückbleiben, sind die Girozentralen nicht mehr in der Lage, den Kreditansprüchen in dem gewünschten Maße zu entsprechen. Alle Bemühungen, das Mißverhältnis zwischen Geldzufluß und Geldbedarf auszugleichen, wurden durch die katastrophale Geldentwertung vereitelt. Um zu einem nachhaltigen Erfolg zu gelangen, bedürfen die Girozentralen neben Förderung durch Reich und Staat der Unterstützung der Kommunalverbände durch ausgebreitete Sparmaßnahmen.

Belgische Willkür in Hamborn.

(TU) Der Kommandant der Hamborner Sicherheitspolizei, drei vore und acht untere Beamte sind ohne Angabe irgendwelcher Gründe von der belgischen Besatzungsbehörde verhaftet worden. Es liegt die Vermutung nahe, die Verhaftung mit der Ermordung des belgischen Oberleutnants vor einigen Monaten im Zusammenhang zu bringen. — Der Oberbürgermeister von Hamborn ist sofort nach der Verhaftung bei der Besatzungsbehörde vorstellig geworden und hat darauf hingewiesen, daß er die Verantwortung für die Sicherheit der Stadt nicht mehr übernehmen könne.

Ueber die Verhaftung deutscher Polizisten, darunter des Oberkommandeurs der Hamborner Sicherheitspolizei, durch die belgische Behörde wird noch gemeldet: Das belgische Militärgericht der Besatzungsarmee ist zur Verhaftung von 8 Personen, darunter 6 Polizisten geschritten, von denen man annimmt, daß sie an der Ermordung des belgischen Oberleutnants Graff beteiligt waren. Unter den Verhafteten ist ferner die Inhaberin des Kaffeehauses Hoffmann und ihre Tochter zu erwähnen. Das Kaffeehaus liegt an der Straße, in der der Mord geschah. Hausdurchsuchungen förderten bei einem Polizisten namens Kalber einen Revolver zutage, des gleichen Kalibers, wie der mit dem Graff erschossen wurde. Es steht auch fest, daß Kalber im Kaffeehaus Hoffmann Drohungen ausrichtete.

Kleine Nachrichten.

Falls die Verhandlungen mit Belgien glatt verlaufen, wird sich der Reichskanzler voraussichtlich am Samstag zur Erholung nach Süddeutschland begeben. Auch Dr. Hermes gedenkt, einen Erholungsurlaub nach Kissingen anzutreten. Die Zwangskohlenlieferungen an die Entente, die von der Reparationskommission zunächst auf 1 725 000 Tonnen monatlich ab 1. August festgesetzt worden waren, während sie im Vormonat 1 916 000 Tonnen betragen hatten, sind schließlich für die Monate August bis Oktober auf monatlich 1 610 000 Tonnen festgesetzt worden. — Nach der Deutschen Bergwerkszeitung ist von einer Herabsetzung der Kohlenlieferungen nichts bekannt.

